

Beschluss des Landrates vom 14.06.2018

Nr. 2114

11. «Sozial gestalten»: Wunsch oder Realität: Bei Quartierplanungen auf Durchmischung achten

2018/500; Protokoll: cr

Andreas Bammatter (SP) beantragt Diskussion.

://: Dem Antrag auf Diskussion wird stattgegeben.

Der Kanton wolle sich einmal mehr nicht einmischen, so **Andreas Bammatter** (SP), und unterstreiche dies durch verschiedene Paragraphen im Raumplanungs- und Baugesetz. Gut ist, dass es ein Muster für Quartierpläne gibt. Es muss jedoch wirklich im Interesse des Kantons sein, dass er sich immer wieder mit und für die Bevölkerung einsetzt. Dazu gehören auch Bemerkungen zu Themen, die für den Kanton relevant sind, wie etwa die Durchmischung der Quartiere, damit die Wohnqualität erhalten bleibt. Das Thema muss weiterhin warmgehalten werden. Kanton und Gemeinden müssen in engem Kontakt sein, so dass im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bevölkerung in Zukunft eine gute Entwicklung erfolgt.

Lotti Stokar (Grüne) denkt ebenfalls, die Quartierplanung gehöre in die Kompetenz der Gemeinden. Trotz allem gibt es jedoch ein paar Parameter, die der Kanton regelt. Die Rednerin erinnert an ihre Motion betreffend Parkplätze (2012/244), die nun auf Verordnungsstufe in Vernehmlassung war. Nicht alle Gemeinden sind glücklich über den Spielraum, den sie damit erhalten sollen. Gerade Anforderungen an Parkplätze können einen Einfluss darauf haben, ob in einem Quartier schliesslich eher Personen mit oder ohne Auto wohnen. Darum bittet die Rednerin darum, dass der Kanton dort, wo er etwas regelt, den Gemeinden möglichst grossen Spielraum lässt.

Nach Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) sollten die Gemeinden den Spielraum nutzen. Käme der Kanton mit Vorschriften, würde die Gemeindeautonomie verletzt. Es ist klar Aufgabe der Gemeinden, dies mit den Quartierplänen zu gestalten. Würde der Kanton Vorschriften erlassen, wer in welchen Quartieren wohnen solle, hätten die Gemeinden wohl keine Freude.

Lotti Stokar (Grüne) geht es gerade darum, Vorschriften zu lockern, wenn die Gemeinde dies wünscht, zum Beispiel bei der Anzahl Parkplätze. Insgesamt geht es um die soziale Durchmischung.

://: Die Interpellation ist erledigt.
